

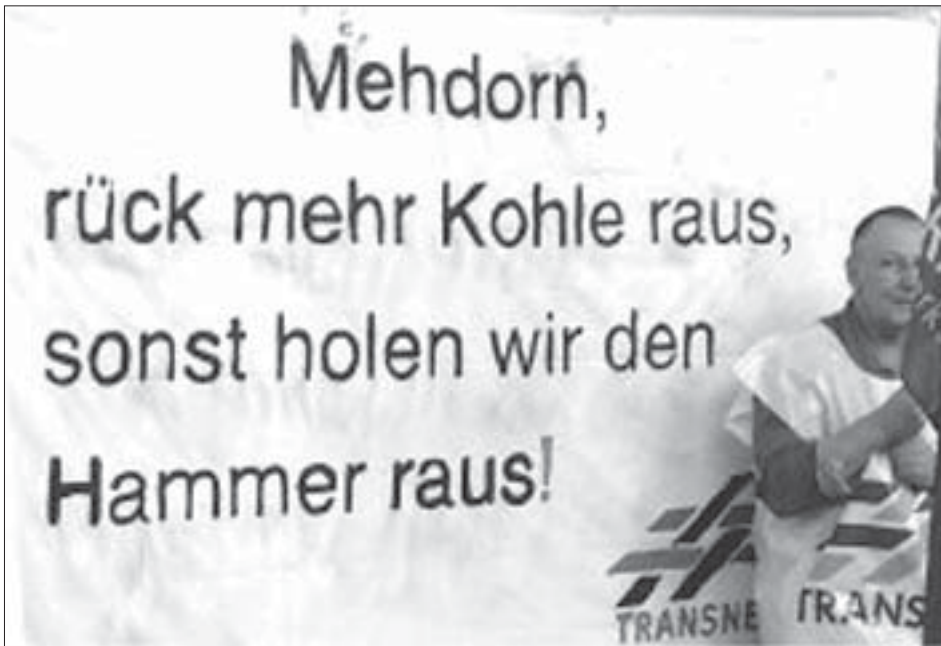
25.9.2007

Aufdraht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!



Kampf um Lohn und Recht - gegen Kapital und Justiz



„Die Gewerkschaften Transnet und GDBA haben die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) bei den Bahn-Tarifverhandlungen aufgekündigt. Angeblich hatte sich die GDL zuvor wenig kooperativ gezeigt“, meldet die Nachrichtenagentur ap letzten Donnerstag, 20. September, und weiter: „Transnet-Chef Norbert Hansen und GDBA-Chef Klaus-Dieter Hommel verließen ... vorzeitig die Verhandlungen.“ Die Mitglieder der GDL, der kleinsten der drei Beschäftigtenorganisationen innerhalb des Bahnkonzerns, werden ihren Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen alleine führen müssen – im Stich gelassen von der DGB-Gewerkschaft Transnet.

Fortsetzung Seite 2



IMPERIALISTISCHE PARTNERSCHAFT IM AFGHANISTAN-KRIEG:

Bundeswehr raus!

Noch im September wird der Bundestag über die Verlängerung der Mandate für den Bundeswehreininsatz in Afghanistan beraten. Zweidrittel der deutschen Bevölkerung sind für den Abzug der Bundeswehr. Doch was ist das gegen jene deutschen Interessen, die das Kapitalsprachrohr FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) so zusammenfasst: „Die Politiker müssen der deutschen Öffentlichkeit beibringen, dass geschichtliche, humanitäre und vordergründige materielle Erwägungen

nicht der Grund dafür sind, dass deutsche Soldaten zu Konfliktherden geschickt werden. Im Kern geht es um etwas Grundlegenderes: Deutschland leistet seinen Beitrag zur Aufrechterhaltung der herrschenden Weltordnung, von der es profitiert, wie wenige andere Länder“.

Aus drei mach eins!

2001 begannen US-Truppen die „Operation immerwährende Freiheit“ (OEF), ohne UNO-Beschluss und unter dem Vor-

wand, Osama Bin Laden fangen zu wollen. Die Taliban boten die Auslieferung an, wenn die US-Regierung gerichtsverwertbare Beweise für dessen Beteiligung am „11/9“ vorlege. Von Anfang an beteiligte sich

Fortsetzung auf Seite 4

In dieser Ausgabe:

Anti-Terror-Maßnahmen: ein Angriff auf uns 5

Stoppt das Armeleuchterprojekt **Transrapid:** Großdemonstration 7



Alle Räder stehen still, wenn ...

Fortsetzung von Seite 1

Kampf um Lohn und Recht - gegen Kapital und Justiz

Was ist denn nun los? Medien, die Tarifriffucht und Bekämpfung des Flächentarifs als marktwirtschaftlichen Fortschritt beschreiben, warnen vor der „Atomisierung der Tarifverhandlungen“. Ein Vorstandsvorsitzender sorgt sich, weil „eine kleine Gruppe von Gewerkschaftsfunktionären ... versucht, die Bahnbelegschaft zu spalten“ (Mehdorn im Spiegel), wo doch andere Vorstände wie Siemens mit Millionenzahlungen an eine Spalterorganisation wie die AUB eben die Spaltung betrieben haben. Einheitsgewerkschaften, ansonsten verteufelt, sind plötzlich notwendig, um das „Recht des Stärkeren“ zu verhindern – als ob in der Marktwirtschaft je andere Gesetze gegolten hätten.

Die letzten Monate

Was ist passiert? Die in der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer GDL organisierten Mitarbeiter der Bahn wollen kürzere Arbeitszeiten (statt 41 Wochenstunden künftig 40 Wochenstunden) und um 31 Prozent erhöhte Löhne. Dies würde Bruttoeinstiegsgehälter von 1.820 € für die Gastronomiemitarbeiter, 2.180 € für die Zugbegleiter und 2.500 € für die Lokführer bedeuten. Derzeit verdienen angestellte Lokführer (es gibt auch noch verbeamtete) maximal 2.150 € brutto. 31 Prozent Erhöhung würden also maximal 666,50 € pro Lokführer bedeuten, bei 19.611 Lokführern der Bahn (davon sind 15.550 bei der GDL organisiert) würde dies also monatlich maximal 13,07 Millionen mehr Lohn bedeuten. 13 zusätzliche Millionen monatlich für 19.000 Lokführer. Zum Ver-

gleich: der achtköpfige Vorstand kassierte im letzten Geschäftsjahr 20,143 Millionen, übrigens 60 Prozent mehr als im Vorjahr. „Irrwitzig“ nannte Mehdorn die Forderung der Lokführer.

Im März wurde nicht nur die GDL-Forderung abgelehnt, sondern auch gleich jegliche Verhandlung darüber. Über 95 Prozent der GDL-Mitglieder stimmten für den notwendigen Streik.

Mit der DGB-Gewerkschaft Transnet sowie der GDBA (Beamtenbund) wurden Abschlüsse getätigt. Die Spaltung der Belegschaft ist durchgesetzt, dass „Bündnis gegen die Lokomotivführer“ steht (Süddeutsche Zeitung, 11.7.07). Nun konnte also die Jagd auf die GDL beginnen. Ständedünkel wird den Lokführern vorgeworfen. Von Diebstahl schwadroniert ein FAZ-Kommentator: „Das Stück, das sich der Lokführer erstreikt, nimmt er dem Fahrdienstleiter vom Teller.“ DB-Vorstand, diverse Journalisten und die immer klugen Wirtschaftssachverständigen überbieten sich gegenseitig mit Horrorvokabeln: Britische Zustände, Radikalisierung, Kollateralschäden, Terror. Politiker sehen den „sozialen Frieden“ in Gefahr. Ein Streik bedrohe den Aufschwung und gefährde den Standort Deutschland.

Angriff auf das Streikrecht durch die Justiz

Gegen geplante Streiks beantragte der Bahn-Vorstand eine einstweilige Verfügung auf Unterlassung – und fand im Arbeitsgericht Nürnberg willfährige Richter. Am 8. August untersagen sie der GDL, „ihre Mitglieder und sonstige Arbeitnehmer ... bis zum 30.9.07 zu Streiks aufzufordern/oderStreiksindenBetriebendurchzuführen.“ Eine unter anderen Begründun-

gen: „Der Bahn und der gesamten Volkswirtschaft drohen ... wirtschaftliche Schäden.“ So sieht Klassenjustiz aus: Wirtschaftlichen Schaden hat nur der Kapitalist. Eine längst fällige und durch diesen Richterspruch nun weiter verzögerte Lohn-erhöhung ist für den Arbeiter hin-zunehmen (Die Realeinkommen sanken im DB-Konzern seit 1993 um fast ein Zehntel). Die Justiz schlägt sich auf die Seite der Abzocker. Die Richter äußerten „Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Streiks“. Sie stellen Profitinteressen über Verfassungsrechte. Als „Angriff auf das Streikrecht“ wertet der Arbeitsrechtler Rüdiger Helm das Gerichtsurteil und fragt sich, ob denn nun „die Justiz als Tarifvertragspartei“ mit am Verhandlungstisch sitzt. Arbeitsrechtler sprechen von „Tarifzensur durch die Hintertür“, denn „Streiks richten immer Schäden an, darum geht es ja.“

Koalitionsfreiheit und Streik sind verfassungsrechtlich garantiert. Ein Streik der Lokführer ist zulässig, ein Streik an den Weihnachtssamstagen im Handel sinnvoll und ein Streik der Oktoberfest-Kellnerinnen verfassungsrechtlich garantiert. Ein Streik ist ein verfassungsrechtlich garantiertes Mittel zur Durchsetzung von Arbeitsbedingungen (siehe Kasten).

Nächste Etappe - Vermittlung

Die Unionspolitiker Biedenkopf und Geißler vermittelten Ende August für die Verhandlungen mit dem Bahn-Vorstand folgende Vorgehensweise der drei tariffähigen Organisationen (also Transnet, GDBA und GDL): „Danach sollte die GDL wie gefordert einen eigenen Tarifvertrag erhalten. Dieser sollte dem zwischen Bahn und Transnet/GDBA ausgehandelten Regelwerk aber nicht widersprechen. Separate Vereinbarungen sollte es für die Lokführer vor allem bei Arbeitszeit und Entgeltstruktur geben, andere tarifliche Regelungen wie etwa der Urlaubsanspruch sollten dagegen für alle Bahn-Beschäftigten gleich bleiben.“¹ Geißler interpretierte den Kompromiß und sagte, die Bahn solle nun „parallele“ Tarifverhandlungen mit der GDL einerseits und den beiden anderen Gewerkschaften Transnet und GDBA andererseits aufnehmen. „Dabei solle die GDL über Entgelte und Arbeitszeiten für die Lokführer verhandeln können.“² In einer Pressemitteilung vom 28. August bestätigte Transnet parallel geführte Tarifverhandlungen.

Letzten Donnerstag, 20. September, kam es nun zu den wohl letzten Verhandlungen vor Ablauf der Friedenspflicht am 30. September zwischen Bahn-Vorstand und den drei Tariforganisationen. Transnet und GDBA haben die Gespräche gegen 15 Uhr noch während der laufenden Verhandlungen verlassen. In gleich lautenden Presseerklärungen erklären sie, die

GDL hätte die Verabredungen mehrfach unterlaufen. Sie erklären nicht, in welchen Fragen die GDL Verabredungen unterläuft. Und der Transnet-Vorsitzende Hansen schiebt eine neue Bedingung für eine Tarifgemeinschaft nach; die GDL soll den zwischen Bahn AG und Transnet/GDBA ausgehandelten Tarifvertrag mit wesentlich geringeren Lohnerhöhungen unterschreiben.³

Zu vermuten ist, dass Transnet und GDBA um ihren Einfluss bei den Bahnbeschäftigten fürchten, wenn die GDL höhere Lohnerhöhungen bei gleichzeitig kürzeren Arbeitszeiten und verbesserten Schichtbedingungen durchsetzt als es Transnet und GDBA mit ihren „realistischen Abschlüssen“ im Juli getan haben. Insbesondere die DGB-Gewerkschaft Transnet muss sich fragen, warum ihr sozialpartnerschaftlicher Kurs Lokomotivführer zum Übertritt in die GDL bewegt.

Die nächsten Wochen

So werden die in der GDL organisierten Kollegen ihren berechtigten Kampf um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen wohl alleine führen müssen. Es bleibt zu hoffen, dass sie mit einer erkämpften zweistelligen prozentualen Lohnerhöhung den Realisten im hauptamtlichen Apparat der DGB-Gewerkschaften zeigen, wo der Hammer hängt. Und die Defätisten (Schwarzseher) werden sehen, was mit Entschlossenheit und Mut zu erreichen ist.

Und so lange die Bahn-Beschäftigten in drei verschiedenen Gewerkschaften bzw. berufsständischen Gruppen organisiert sind, lässt sich nur vermuten, was bei einem gemeinsamen Handeln zu erreichen wäre. Wenn die ebenso schlecht bezahlten Transnet-Kollegen auch für die Forderungen der GDL kämpfen würden, dann wäre das ein erster Schritt, die Spaltung zu überwinden und gemeinsam stärker zu werden.

Übrigens: Herr Schell (der GDL-Vorsitzende und ehemalige Bundestagsabgeordnete der CDU) und die Lokführer sind keine Revoluzzer. Sie bedrohen mit ihrem Streik nicht den Fortbestand des Kapitalismus in Deutschland. Sie tun nur, was jeder tun muss, der im Kapitalismus überleben will: Sie nutzen ihre Verhandlungsmacht und verschenken sie nicht für ein Linsengericht an das Kapital. ●rw

1 Meldung des Handelsblattes vom 20.9.2007, 16:35 Uhr
2 FTD.de, 28.8.2007
3 nach Junge Welt, 21.9.2007

Pikant ist das Urteil auch im Hinblick auf die geplante Privatisierung der Bahn, wie der Jurist Prof. Dr. Thomas Lobinger in einem Interview für tagesschau.de anmerkt: „Aber das Gericht argumentiert hier ja gerade nicht mit den Schäden, die dem Unternehmen entstehen, sondern mit den Schäden für die Volkswirtschaft. Und das ist in der Tat problematisch. Denn, wenn man der Ansicht ist, dass es sich bei der Bahn um ein für die Volkswirtschaft so hoch bedeutsames Unternehmen handelt, dann wird man sich überlegen müssen, ob man sich in dem Fall privatwirtschaftliche Zustände, zu denen ein Streik nun mal gehört, leisten kann. Und dann muss man auch überlegen, ob die Privatisierung der Bahn richtig war.“



Artikel 9 des Grundgesetzes:

(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Solidaritätserklärung für die streikenden Kolleginnen und Kollegen der Deutschen Bahn

An die Streikleitungen, die Streikenden, alle Gewerkschaftsmitglieder, und die Medien

Donnerstag, 26. Juli 2007

Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen der Deutschen Bahn, die für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen streiken, viel Erfolg.
Wir bedauern die Spaltung der ArbeiterInnen und Angestellten der Bahn durch die Interessenspolitik der einzelnen Gewerkschaften und Verbände - Verantwortung dafür tragen alle Funktionäre dieser Verbände und Gewerkschaften. In diese Kritik schließen wir den völlig verfrühten Abschluss von Transnet mit ein. Wir fordern deshalb alle dazu auf, für die Zukunft nach einer gemeinsamen Streikstrategie zu suchen und das Ausspielen einzelner Berufsgruppen gegeneinander und das Beharren auf Organisationsinteressen zu unterlassen.
Viel besser wäre es, gemeinsam für gleiche Forderungen zu streiten und dann dafür gemeinsam zu streiken, und vor allem auch gemeinsam gegen die weitere Privatisierung der Deutschen Bahn zu kämpfen.

Ortsvorstand München, Fachbereich 8 in ver.di,

Die DKP im Internet:
www: dkp-muenchen.de

Fortsetzung von Seite 1

IMPERIALISTISCHE PARTNERSCHAFT IM AFGHANISTAN-KRIEG:

Bundeswehr raus!

die deutsche Elitetruppe KSK mit 100 Mann an den Kämpfeinsätzen der OEF im Süden und Osten des Landes. Die deutsche Marine bewacht mit 1.800 Mann seit diesem Zeitpunkt das Horn von Afrika, um schwimmende Terroristen zu stoppen.

2001 wurde eine so genannte Schutztruppe der UNO nach Afghanistan geschickt. Der Auftrag dieser „Internationalen Sicherheitsassistenten Kräfte“ (ISAF) lautete „Wiederaufbau“ und Bekämpfung von „Aufständischen“ vor allem im Norden und im Westen. 3.000 deutsche Soldaten sind derzeit im Einsatz.

Nach kurzer Zeit wurde das Kommando der Schutztruppe der Nato übertragen und die Militärs sprechen mittlerweile von einer „Doppelhut“-Führung, also OEF und ISAF haben ein einheitliches Kommando. Wie sollen auch Terroristen und Aufständische auseinander gehalten werden?

Die Wirklichkeit der 41.000 Mann starken ISAF-Truppe und der 10.000 von OEF sieht so aus: morgens Bombardieren – mit tags Lebensmittel abwerfen – abends Krankenhaus bauen.

Bombardiert wird nach Aufklärung durch deutsche Tornados, die seit März 2007 im Einsatz sind, natürlich auch in den Kampfgebieten im Süden und Osten. Um die 6 Tornados in die Luft zu bringen, werden 500 Mann gebraucht. (Siehe Kasten: „Ein deutscher General“)

Das ist das dritte Mandat des Bundestags neben OEF und ISAF und nach dem offensichtlichen militärischen Verschmelzen der Truppen wundert es nicht, dass die Mandate zusammengelegt werden sollen. Die Volksvertreter sollen den militärischen Anforderungen folgen!

Drehscheibe Afghanistan

Sieht man sich die Landkarte an, fällt sofort auf, welche strategische Bedeutung Afghanistan für die Imperialisten der Welt hat. (Drei Mal ist übrigens der britische Imperialismus rausgeworfen worden.) Hier ist das Tor zu den Rohstoffen der Region: Öl und Gas in Turkmenistan, Kasachstan und Aserbeidschan, Gold in Usbekistan, Silber in Tadschikistan. Afghanistan selbst besitzt

Uran, Kupfer und Steinkohle. Eine Pipeline aus den Ölgebieten ans Meer über Afghanistan und Pakistan wurde schon Anfang der 90er Jahre geplant. Die kalifornische Firma UNOCAL hoffte damit, den Iran und Russland im Pipeline-Poker ausstechen zu können.

Voraussetzung und damit Kriegsziel war eine Stabilisierung dieses Korridors. (Der 2001 eingesetzte Regierungschef Karzai war ein Angestellter von UNOCAL.)

Aus der Sicht des deutschen Imperialismus – und nichts anderes sind die deutschen Bestrebungen als Partner des US-Imperialismus – geht es zuerst um die Sicherung der Investitionen. Unmittelbar nach dem September 2001 bekam Siemens den Auftrag, im Land ein komplettes Mobilfunknetz zu errichten. Deutsche Kapitalisten ergehen sich in höchstem Lob über diese „offenste Volkswirtschaft“, die z.B. 100 Prozent Gewinntransfer erlaubt.

Neue Rolle Deutschlands

Solche „vordergründigen materiellen Erwägungen“ sind zwar, geht es nach der FAZ, unerbittlich zu geißeln. CDU-Vordenker Lamers denkt eben global, wenn er die Devisen ausgibt, dass die „Teilnahme an internationalen Militäraktionen eine notwendige Voraussetzung für deutschen Einfluss in der Weltpolitik“ sei. Es sollen die Fähigkeiten ausgebaut werden, „global“ zuschlagen zu können, wenn es um die Sicherung der Rohstoffversorgung geht. Das verlangen die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ von 1998. Und nicht zu vergessen ist als treibende Kraft die historische Angst des deutschen Kapitals, wieder zu spät zu kommen bei der Neuverteilung der Welt.

Noch hat Deutschland keinen Flugzeugträger – dieses Symbol des modernen Imperialismus. Aber auch so ist der Krieg in Afghanistan die beste Werbung für den

drittgrößten Waffenexporteur der Welt. (2003 noch die Nummer 5). Und irgendwo müssen ja EADS, Krauss-Maffei – Wegmann und Rhein Stahl die Tauglichkeit ihrer tödlichen Produkte beweisen.

Konkurrenz wächst

Der hemmungslose Zugriff aufs Öl ist es, was die Imperialisten um die Welt jagen lässt. Sie hängen am Öltropf. Für den US-Imperialismus ist es dabei lebensnotwendig, die Dollar-Ölbeziehung aufrecht zu erhalten, d.h. dass weltweit alle Ölkäufe in US-Dollar verrechnet werden. Dazu dient das unvorstellbare Militärbudget von 470 Milliarden US\$. Denn es ist schwer zu glauben, dass die USA tatenlos zusehen, wenn diese Beziehung gefährdet ist. (Siehe Kasten: „Ein US-Republikaner“)

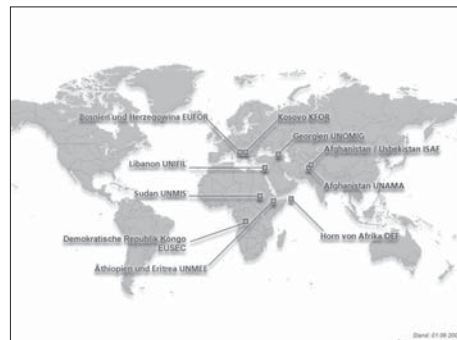
Die Konkurrenz wächst allerdings und immer schneller:

Der Iran nimmt starke Euros fürs Öl und betreibt die Gründung einer eigenen Ölbörse, wie auch Norwegen. Präsident Chavez in Venezuela ist für die Abkehr vom Öldollar. In der OPEC regt sich Widerstand und Saudi Arabien will ebenfalls von der Fahne gehen.

An diesen Beispielen wird klar, dass der Euro eine Kriegserklärung an den Dollar ist!

Der deutsche Imperialismus ist militärisch noch zu schwach, um eigene „militärische Abenteuer“ in Rechnung stellen zu können; darum das Anhängen an den Krieg des US-Imperialismus. Darum der Ausbau des Waffenprogramms der Bundeswehr mit steigendem Budget, aktuell 28,5 Milliarden. Bis 2010 werden jährlich 500 Millionen aufgestockt!

So wird die Wachablöse des Dollars durch den Euro vorbereitet.



Diese Karte dokumentiert die Einkreisung der Ölquellen in Asien durch Bundeswehrtruppen

Wir zahlen die Zeche!

Nun geht ein Aufschrei durch die Republik: Kinderarmut! 2,6 Millionen Kinder in der BRD sind offiziell arm. 2,57 € stehen einem Kind von Hartz IV-Empfängern täglich fürs Essen zu. Nicht einmal das Schulessen ist für sie in diesem reichen Land gesichert. Das Geld dafür steckt in der wachsenden Kriegsmaschine.

22 Soldaten der Bundeswehr kamen bisher im Zinksarg zurück. Unsere Söhne (und Töchter) werden für die kommenden Einsätze gebraucht werden, denn mit der Freiwilligkeit ist es bald vorbei. Politiker und Militärs rechnen mit einer Kriegsdauer nicht unter 10 Jahren.

Darum muss es heißen:

Bundeswehr raus aus Afghanistan!

•krr



Die drei Gesichter der Bundeswehr: der lächelnde Aufbauhelfer, der fiese Infanterist und die verummten KSK-Kämpfer. Zurück kommen sie alle, fragt sich aber nur, wie ...

**Aufdraht-Quiz**

Was ist ein Dingo?

- A: ein australischer Wildhund
- B: Treffer beim US-amerikanischen Lottospiel
- C: ein gepanzertes Daimler
- D: Bundeswehrfahrzeug in Afghanistan

Auflösung Seite 7

Am **26. September**, 19 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine interessante Veranstaltung mit dem Journalisten und Bundessprecher der VVN/BdA Ulrich Sander statt.

Bundeswehr im Inneren**Aufdraht**

Herausgeber:
DKP München und
Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung
München

Verantw. i. Sinne des Pressegesetzes:
Hans Koller, Lothringer Str. 6,
81667 München, Telefon 44 8 2 2 7 1
Druck: Eigendruck im Selbstverlag
e-Mail: Auf.Draht@gmx.de

Die Anti-Terror-Maßnahmen - ein Angriff auf uns!



Bürgerliche Demokratie zeichnet sich durch Rechte des Bürgers vor und gegenüber dem Staat aus, die nicht angefasst werden dürfen und ihn vor staatlicher Willkür schützen. Das macht nicht satt, schützt nicht vor der Willkür des Unternehmers, uns vor die Tür zu setzen, macht die Zukunft nicht sicherer. Doch diese Rechte erleichtern den Arbeitern den Kampf - und mussten deshalb selbst immer wieder erkämpft werden. Aus der Geschichte dieses Landes wissen wir, wie bitter wir es bezahlen mussten, wenn wir dies versäumt haben.

„Freiheiten“ für den Staat

Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung werden diese demokratischen Grundsätze heute wieder in immer rasanterem Tempo Stück für Stück zu Grabe ge-

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 1

Die Anti-Terror-Maßnahmen - ein Angriff auf uns!

tragen und in ihr Gegenteil verkehrt: im Namen des Schutzes der Inneren Sicherheit wird dieser Staat aufgerüstet zum Schutz vor den Bürgern. Jeder wird zum potentiellen Terroristen und „präventiv“ überwacht. So führt die aus dem Bundesgrenzschutz hervorgegangene Bundespolizei längst Verdachts unabhängige Kontrollen durch, überall, zu allen Zeiten. Telefone und Briefe dürfen präventiv vom Zoll überwacht werden. Telefonfirmen müssen alle Verbindungsdaten ihrer Kunden 6 Monate lang speichern, bei Handys auch den Standort des Besitzers. Und nun will Innenminister Schäuble durchsetzen, dass auch jeder Computer für die staatliche Schnüffelei gesetzlich zugänglich wird, alles, was da so auf der Festplatte gespeichert ist. Geheim, ohne dass es der Besitzer je erfährt. Über die leider bereits wieder erlahmende Empörung darüber ist in Vergessenheit geraten, was Schäuble im Sommer dieses Jahres noch für weitere „Denkanstöße“ in die Runde geworfen hat: die Internierung sogenannter „Gefährder“, Leuten, denen man keine Straftat nachweisen kann, die aber gefährlich werden könnten. Also Wegsperrungen auf Verdacht, nicht für ein paar Stunden oder Tage, wie es jetzt schon längst möglich ist und auch praktiziert wird, sondern über Monate und Jahre. Denn der Verdacht ist ja nach ein paar Tagen nicht verschwunden. Und noch einen „Denkanstoß“ brachte er - die gezielte Tötung von „Terroristen“. „Wir sollten versuchen, solche Fragen möglichst präzise verfassungsrechtlich zu klären und Rechtsgrundlagen schaffen, die uns die



Ein Abfangjäger der Luftwaffe hinter einem Sportflugzeug - ein bald vertrautes Bild?

nötigen Freiheiten im Kampf gegen den Terrorismus bieten“, so der Innenminister¹. Schäuble wolle den politischen Mord legalisieren, meinte dazu die stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion Leutheusser-Schnarrenberger.² Diese „Denkanstöße“ gingen dann wohl doch (noch) etwas zu weit - weg sind sie damit nicht. Denken wir nur an die Forderung, Bundeswehr im Inneren einzusetzen. Diesen Denkanstoß brachte Schäuble schon vor 15 Jahren, als er noch Innenminister unter Kohl war. Von „islamischen Terroristen“ war damals in diesem Land weit und breit nichts zu sehen. Tatsächlich eingesetzt wurde die Bundeswehr verfassungswidrig in diesem Jahr gegen die Demonstranten in Heiligendamm, die anlässlich des G-8 Gipfels gegen die Mächtigen dieser Welt protestierten. Tornados flogen im Tiefflug über die Camps der Demoteilnehmer zur Aufklärung. Ein weiterer Minister dieser Regierung, Kriegsminister Jung, verkündigte kürzlich laut, dass er sich einen Dreck um die Verfassung kümmert und gekaperete Flugzeuge abschießen lassen will. Das Bundesverfassungsgericht hatte dies erst vor einem Jahr ausdrücklich verboten.

Geheimes staatliches Handeln

Um all diese bereits gesetzlich festgelegten oder noch geplanten Einschränkungen von Bürgerrechten auch durchführen zu können, wird weitgehend ohne öffentliche Diskussion der Staatsapparat umgebaut. Nach dem Ende des Terrors der faschistischen Diktatur 1945 war es selbstverständlich, dass staatliches Handeln nie wieder geheim und unkontrollierbar sein dürfe. Einrichtungen wie das Reichssicherheitshauptamt und die Gestapo (Geheime Staatspolizei), die unter anderem des Widerstands verdächtige Menschen aus ihren Wohnungen zerrte und in die berüchtigten Folterkammern verschleppte, sollte es nie wieder geben. Die Besatzungsmächte bestanden auf einer strikten Trennung von Polizei und Geheimdiensten und ihren Aufgaben. Inzwischen arbeiten Bundeskriminalamt und Bundespolizei sowie Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Militärischer Abschirmdienst (also die deutschen Geheimdienste) und darüber hinaus noch weitere Behörden, wie Zoll und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, zusammen. Dies geschieht in

neu geschaffenen Institutionen wie dem „Nationalen Lage- und Führungszentrum für Sicherheit im Luftraum“, dem „Gemeinsamen Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration“ und dem „Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum“. Ziel ist der beschleunigte und intensiviertere Informationsaustausch all dieser Behörden „im Bereich der Bekämpfung des internationalen Terrorismus“³. Noch ist dieser Staat keine faschistische Diktatur. Doch es ist bedenkenswert, wie ähnlich die Aufgaben waren, die 1936 für die Gestapo festgelegt worden sind: „Die Geheime Staatspolizei hat die Aufgabe, alle staatsgefährlichen Bestrebungen im gesamten Staatsgebiet zu erforschen und zu bekämpfen, das Ergebnis der Erhebungen zu sammeln und auszuwerten, die Staatsregierung zu unterrichten und die übrigen Behörden über für sie wichtige Feststellungen auf dem Laufenden zu halten...“⁴

Was haben sie vor?

Kampf gegen den internationalen Terrorismus? Keiner, der die bürgerliche Demokratie erhalten will, zerschlägt sie Stück für Stück wegen der Gefahr eines terroristischen Anschlages. Nein, die Herrschaften haben anderes vor: sie rüsten für weitere und größere Kriege. Der BDI forderte erst kürzlich von der Bundesregierung eine „strategische Rohstoffpolitik“⁵. General Naumann erklärte bereits 1992 „Es gibt nur zwei Währungen auf der Welt, wirtschaftliche Macht - und die militärischen Mittel sie durchzusetzen“. Dazu aber muss Ruhe an der Heimatfront sein: kein Widerstand gegen teure Rüstungsprogramme und Notprogramme für die Arbeiter - runter mit den Sozialleistungen und Löhnen, rauf mit der Arbeitszeit, weg mit den Arbeiterrechten. Kein Aufruhr schließlich gegen die Einberufungsbefehle. Wir sollen, überwacht bis ins Bett, eingeschüchtert und rechtlos den Mund halten und mitmachen.

Es geht uns alle an - kämpfen wir!

●gr

¹ Frankfurter Rundschau, 17.7.2007

² Süddeutsche Zeitung, 9.7.07

³ aus der Begründung des Anti-Terror-Datei-Gesetzes

⁴ zitiert nach der Dokumentation einer verdi-Veranstaltung zum Thema: „Je mehr Not desto mehr Notstand“ am 30.1.2007

⁵ Süddeutsche Zeitung, 19.3.07



Der Gschaffl-Huber hat alles im Griff - zumindest will er es glauben machen

Alle 5 Minuten donnert er durchs Olympiadorf, um die Anwohner mit einem knallartigen Lärm von der Größenordnung mehrerer LKW zu überziehen.

Das erwartet die Anwohner an der 50 Meter weit entfernten Trasse, wenn sie gebaut würde. Der Transrapid ist aber nicht nur laut, vor allem ist er sauteuer. Grüne Stadtpolitiker haben ausgerechnet, dass für die 1,85 Milliarden € (die eine Zahl fürs Publikum sind!) eine vergoldete S-Bahn nach Erding eingesetzt werden könnte. Noch immer beträgt die Finanzlücke 200 - 800 Millionen, um das Projekt auf die Stelzen zu bringen.

Sogar Finanzminister Steinbrück ist der Meinung, dabei bleibt es nicht. (SZ, 6.9.07) Die Erfahrung mit Großprojekten ist, dass diese eine Tendenz zur Kostenverdorpe-

lung haben, wie es der Flughafen Erding selbst gezeigt hat.

Stoiber will als willfähriger Knecht des Betreiberkonsortiums Siemens - Thyssen-Krupp - Hochtief noch vor seinem Abtritt das Gerangel um die Zuschüsse beenden. Auf einem „Gipfel“ mit Mehdorn und den Transrapid-Profiteuren Anfang Oktober soll das Paket geschnürt werden. Es soll endlich der „Leuchtturm“ gebaut werden, den das Projekt vermeintlich braucht, um für dessen Export zu werben.

Der Bund hat 550 Millionen bereitgestellt. Bayern soll den Löwenanteil von einer Milliarde stemmen, was zu Lasten des gesamten öffentlichen Nahverkehrs geht. Die Magnetbahn-Lobbyisten reden von 10 Minuten Einsparung an Fahrzeit, die der Transrapid gegenüber einer beschleunigten S-Bahn bringe, die nur etwa ein Drittel kostet. Aber keiner redet davon, was sich im Berufsverkehr abspielt, wenn die KollegInnen im täglichen, bald winterlichen S-Bahnchaos untergehen. Das Armleuchterprojekt Transrapid muss gestoppt werden, dafür muss der 10 Minutentakt auf der S-Bahn endlich eingeführt werden mit allen notwendigen Änderungen der Infrastruktur! ●krr

TRANSRAPID:

Ein Armleuchterprojekt

GROSSDEMO
gegen den Transrapid
in München
Samstag, den 3.11.07
Start: Karlsplatz (Stachus) 11.00 Uhr
Ziel: Marienplatz mit Schlußkundgebungen bis ca. 13 Uhr

**LAUT!
TEUER!
UNSINNIG!**

Der Transrapid nutzt nur wenigen.
Bayern braucht keinen Luxusflitzer sondern:
- bessere öffentliche Verkehrsmittel
- Abbau der Kinderarmut
- soziale Einrichtungen für jung und alt
- bessere Bildungschancen
- u.v.a.

V.i.S.d.P. Monika Barzen, Berberitzenstr.75 b München

AufDraht-Quiz

Auflösung:

- A** Richtig
B Falsch
C Fast Richtig
D Die Bundeswehr kann von der Wehrmachtstradition nicht lassen und gibt ihren Fahrzeugen Tiernamen. Der Dingo ist ein gepanzertes, bewaffnetes, luftverladbares Radfahrzeug auf Unimog-Fahrgestell (Daimler). Hersteller ist Krauss-Maffei-Wegmann, München-Kassel. Siemens ist an KMW mit 49 Prozent beteiligt. Das deutsche Konkurrenzprodukt zum US-amerikanischen Hummer kostet 650.000 Euro und ist für Patrouillenfahrten mit 5 Mann ausgelegt. In Afghanistan sollen die 55 eingesetzten Fahrzeuge auf 100 aufgestockt werden.

Ein Kollege von **Infineon** Neuperlach schickte uns folgende eMail:

„Der Kampf geht weiter bei Infineon. Infineon hat im August mindestens 5 Leiharbeiter übernommen von der Transfergesellschaft Gedis. Dort sind die meisten Kollegen hingegangen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben. Von den Kollegen, die zum Gericht gegangen sind, um gegen die Kündigung zu klagen, wurde keiner übernommen. Infineon versucht, uns im Dunkeln zu lassen. Das werden wir uns nicht gefallen lassen. Khan Jamil“



Leiharbeit bekämpfen!

Seit 2003 hat sich die Zahl der Leiharbeiter fast verdoppelt, 650.000 sind es jetzt. Das klingt nicht so besorgniserregend. Aber 88 Prozent aller Firmen setzen Zeitarbeit ein, Tendenz steigend. Gleichzeitig wird das Stammpersonal abgebaut, zum Teil werden die gleichen Arbeiter erst entlassen und dann als Leiharbeiter wieder eingestellt. Jede zweite neue Stelle entsteht bei den Zeitarbeitsfirmen. In einigen Branchen beschäftigen die Unternehmer schon bis zu 50 Prozent Leiharbeiter. Das zeigt, es geht längst nicht mehr um Produktionsspitzen, sondern um den dauerhaften billigen Ersatz von Stammarbeitern. Es sind auch längst nicht mehr nur Ungelernte, sondern zunehmend werden auch im qualifizierten Bereich Zeitarbeiter eingesetzt.

Denn das lohnt sich für die Kapitalisten. Zeitarbeiter verdienen 30 - 50 Prozent weniger als die fest Angestellten. Sie bekommen meist keine Fortbildung. Wichtiger aber ist: man kann mit ihnen soziale Mindeststandards unterlaufen, Tarifverträge aushöhlen und die Beschäftigten gegeneinander ausspielen. Sie haben keine festen Kündigungsschutzzeiten – sie sind also völlig flexibel einsetzbar. Beim Abbau von Arbeitsplätzen müssen keine Verhandlungen mit dem Betriebsrat über einen Interessenausgleich und gegebenenfalls einen Sozialplan geführt werden. Das ist die „atmende Fabrik“, wie die Kapitalisten sie sich wünschen.

Und damit werden die Kolleginnen und Kollegen verunsichert: Seht her, die gleiche Arbeit wird für wesentlich weniger Geld geleistet, ihr seid erpressbar. Die Spaltung der Belegschaft ist eine Folge, von der Schwächung der gewerkschaftlichen Kampfkraft ganz zu schweigen. Wenn ein Drittel der Kollegen um den Job fürchten muss, wie ist dann ein erfolgreicher Streik zu führen?

Die Zunahme der Leiharbeit ist auf die Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) zurückzuführen, die noch unter Gerhard Schröder verabschiedet wurde. Damals gab die SPD die Befristung von Leiharbeitseinsätzen auf. Zwar wurde festgelegt, dass der gleiche Lohn wie im Entleihbetrieb gezahlt werden muss, aber nur, wenn kein Tarifvertrag vorhanden ist. Sofort traten die Spaltergewerkschaften auf

den Plan, allen voran die sog. Christlichen Gewerkschaften, die dann Tarifverträge mit etwa 5 € unterschrieben. Der DGB musste nachziehen, das Ergebnis reicht aber auch nicht zum Leben. 7,38 € beträgt zur Zeit der Stundenlohn für die unterste Entgeltgruppe.

Was ist zu tun? Der Betriebsrat des Werks, wo die Leiharbeiter beschäftigt sind, ist auch für sie zuständig. Er kann die Eingruppierung und Arbeitsbedingungen überwachen. Es ist auch des Öfteren schon durch die Aktivität des Betriebsrats gelungen, die Zahl der Zeitarbeiter zu begrenzen und bessere Bezahlung für sie durchzusetzen. Dort, wo in den Leiharbeitsfirmen ein Betriebsrat besteht, kann der mit dem Betriebsrat im Entleihbetrieb zusammenarbeiten. Und wenn der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei den Leiharbeitern besser wird, besteht auch die Chance, den Tarif des DGB zu verbessern.

Eine Petition der Dresdner IG Metall an den Bundestag fordert, den Einsatz von Leiharbeit auf ein Jahr zu begrenzen und gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu zahlen. Eine Petition ist eine Beschwerde in Form einer Bittschrift. Das wird nicht reichen. Entscheidend wird sein, dass in den Betrieben der Kampf aufgenommen wird. Denn, wie gesagt, Zeitarbeit schadet den Leiharbeitern als auch der Stammbeschäftigung! ●rem

„Zuviel an Not und Tod, an KZ-Qualen, an Verwüstung und Vernichtung, an millionenfachen Mord hat der Faschismus gebracht, sodass es nichts Wichtigeres geben kann als Aufstehen gegen jede Erscheinung von Rassismus, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Neofaschismus, Militarismus.“

Peter Gingold (Bundessprecher der VVN/BdA)
26. September 2000 auf dem Münchner Marienplatz

An alle
Antifaschistinnen und Antifaschisten
In München und Umgebung

27. Jahrestag des faschistischen Oktoberfestanschlags
Antifaschistische Mahn- und Schutzwache am 26. September 2007

Liebe Freunde,

seit 1983 wird – mit wenigen Ausnahmen – am 26. September am Ort des faschistischen Oktoberfestanschlags die antifaschistische Mahn- und Schutzwache durchgeführt. Auch dieses Jahr wollen wir diese inzwischen fast schon zur Tradition gewordene Aktion durchführen.

Am Mittwoch, den 26. September 2007, wird die antifaschistische Mahn- und Schutzwache direkt am Wieseneingang stattfinden. Wir bitten euch alle, daran teilzunehmen – je mehr wir sind, umso deutlicher können wir zeigen: Wir gehen nicht nur dann gegen rechts auf die Straße, wenn es gerade zu den Presse-Erklärungen der Bundesregierung passt. Uns ist die Sache so ernst, wie unsere Redner am 26.9.2000 auf dem Marienplatz gesagt haben.

Die antifaschistische Mahn- und Schutzwache beginnt um 10 Uhr sofort nach der offiziellen Kranzniederlegung und dauert voraussichtlich bis 18 Uhr.
Wir stehen um das Denkmal und bilden eine Menschenmauer zu dessen Schutz.
Für die Teilnehmer sind Tafeln mit der Aufschrift
„ Nie wieder Faschismus, Nie wieder Krieg ! „ sowie
„ Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen „ vorbereitet.
Für die Passanten gibt es eine große Fotoausstellung, einen Info-Tisch und ein gemeinsames Flugblatt.

Zur besseren Organisation ist die Mahn- und Schutzwache in 2 Stunden-Schichten unterteilt, also von 10 - 12, 12 - 14, 14 - 16, 16 - 18 Uhr.

Rückmeldungen über die Teilnahme bitte an:
Ewald Homey
Gebhardweg 4 - 81247 München
T: 089 / 69381639 - FAX: 089 / 41156799
E-Mail: Ewaldhomey@web.de
Mit solidarischem Gruß

Martin Löwenberg
Hedwig Krimmer

26.9. / 10:00 Uhr

Treffpunkt
Haupteingang

Mahn- und
Schutzwache

